

## **Antrag der AG nach § 78 Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit im Bezirk Mitte**

Der Jugendhilfeausschuss wird gebeten, sich der folgenden Stellungnahme anzuschließen, einen entsprechenden Antrag in die BVV Mitte einzubringen und die Stellungnahme dem Senat von Berlin und dem regierenden Bürgermeister zukommen zu lassen.

Schon vor der Zeit der Pandemie war die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit unterfinanziert, mit der Pandemie sind zudem weitergehende Anforderungen an die Jugendhilfe entstanden, die zusätzlicher Finanzierungen bedürfen.

Einsparungen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind daher unbedingt zu vermeiden.

Die Begründung zu dem Antrag ist der folgenden Stellungnahme der AG zu entnehmen.

---

## **Stellungnahme der AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit im Bezirk Mitte**

### **Rettungsschirm Jugendhilfe**

#### **Eine gesicherte Finanzierung und Berücksichtigung der Mehrbedarfe in der Berliner Jugendhilfe**

Der Senat von Berlin ist mit dem zu beschließendem Haushalt 2024 und 2025 mit der Notwendigkeit von zu erbringenden Einsparungen in die Verhandlungen gestartet. Diese Einsparungen können und dürfen nicht in der Jugendhilfe erbracht werden. Ganz im Gegenteil!

**Kinder und Jugendliche waren und sind besonders schwer von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen. Es müsste nun ein weitergehendes strukturelles Hilfspaket für die Jugendhilfe geben, auch um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen und Kinder, Jugendliche und Familien zu (unter)stützen.** Hier gilt es der Vereinsamung, der Depressionsgefahr, häuslicher, psychischer und physischer Gewalt und der Gefahr der Entdemokratisierung (Zunahme Rassismus, Antisemitismus, Verschwörungsideologien etc.) junger Menschen und derer Eltern entgegen zu treten.

Diesen Bedarf zur notwendigen Stärkung der Jugendarbeit wurde auf dem zweiten Gipfel gegen Jugendgewalt am 22. Februar 2023 gesehen und es wurden konkrete Maßnahmen beschlossen. Das Ergebnis sieht unter anderem eine berlinweite Erhöhung von 1,5 Millionen Euro allein für die Jugendeinrichtungen vor. Zusätzliche aus der Jugendarbeit kommende Angebote, wie gewaltpräventive und kiezorientierte Angebote, sollen ebenfalls bedarfsorientiert mit Geldern stark unterfüttert werden. Daneben sollen spezielle Angebote zur Vermeidung von Jugenddelinquenz entwickelt und finanziert werden. Des Weiteren soll die sportorientierte Jugendarbeit gestärkt werden. Ein weiterer Beschluss fordert die Verlängerung von Öffnungszeiten in Jugendfreizeiteinrichtungen am Abend und an den Wochenenden.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse des Treffens würden mit weiteren Einsparungen in der Jugendarbeit und Jugendhilfe auf bezirklicher Ebene ad absurdum geführt werden. **Die Frage ist: Was können wir in dieser Situation mehr für Kinder und Jugendliche tun und nicht, was können wir zukünftig nicht mehr tun?**

**Die Hilfesysteme für Familien, Kinder und Jugendliche sind sehr überlastet (z.B. Erziehungs- und Familienberatung, Therapieplätze, Kinderärzte, Beratungen), daher müssen niedrigschwellige und präventive Angebote der Jugendhilfe, wie sie die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit bieten, unbedingt erreichbar bleiben, bzw. ausgebaut werden.**

Die entsprechenden Fachabteilungen benennen sehr deutlich, dass der Bedarf noch nicht die Bedarfsspitze erreicht hat, sondern dass von einem weiteren Anstieg auszugehen ist.

Im Rahmen des Schutzes vor Kindeswohlgefährdung ist diesem konsequent entgegen zu treten.

Gesetzliche Grundlagen sind dringend einzuhalten, die Jugendarbeit, ist wie im Bundesgesetz festgelegt mit einem angemessenen Anteil der Jugendhilfe zu versehen, die Ausfinanzierung des Berliner Kinder- und Jugendförder- und Beteiligungsgesetz ist sicher zu stellen.

**Die Leistungen nach den §§ 11, 13.1 und 16 sind keine freiwilligen Leistungen, sondern gesetzliche Pflichtleistungen.** Transfermittel dürfen keine Spielmasse der Haushaltsverhandlungen werden. Dieses muss in den Verhandlungen auch sprachlich berücksichtigt und angewandt werden.

Der Jugendhilfeausschuss Mitte hat in den letzten Jahren dabei wichtige Schwerpunkte gesetzt, die nun nicht weiter revidiert werden dürfen. Durch die pauschalen Mindereinnahmen im Haushalt 2023 ist bereits ein Abbau von Angeboten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgt, da die Honorarmittel der kommunalen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und ein Teil der Mittel für die Erholungsreisen gestrichen werden mussten. Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen.

Gesetzliche Pflichtaufgaben fallen nicht unter die Haushaltssperre. Seit 1990 ist die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) nach dem SGB VIII eine gesetzliche Pflichtaufgabe, wie alle anderen Leistungen aus diesem Gesetz. Deshalb gilt auch für Berlin: "Gesetze werden (vom Haushaltsplan) weder positiv noch negativ beeinflusst. Gewähren sie Rechtsansprüche, so müssen diese ohne Rücksicht auf einen Haushaltstitel erfüllt werden. Der Haushaltsplan ist unter das Recht „subordiniert“ (Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, München 1980, S. 1209).

Für die Kinder- und Jugendarbeit muss laut SGB VIII ein angemessener Anteil für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden (§ 79 Abs. 2). Dieser angemessene Anteil wurde von der Expertenkommission im 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung klar definiert und vom Bundestag zustimmend zur Kenntnis genommen. Er beträgt mindestens 15 % der Gesamtjugendhilfe.

**Jugendarbeit braucht Verlässlichkeit, Zeit und Anlässe. Politische Bildungsarbeit, schulische Unterstützung, Krisenintervention, aber auch begleitende Freizeitgestaltung und Reisen sind wichtig für Kinder und Jugendliche, um die Erfahrungen und Erlebnisse der Pandemie zu verarbeiten.**

- Für viele Kinder und Jugendliche sind Fahrten, Ausflüge und weitere Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit die einzigen realisierbaren Aktivitäten. Durch die kostenfreien Angebote ist ein kleiner Beitrag zur Chancengleichheit gewährleistet.
- Durch die Pandemie konnten viele Mädchen\* sich noch weniger als sonst außerhalb des häuslichen Umfelds bewegen. Viele Mädchen\* und junge Frauen\* dürfen Freizeitangebote nur im Schutzraum der Einrichtungen annehmen und damit auch das familiäre Umfeld punktuell verlassen.
- Hoher Medienkonsum und unzählige Verschwörungserzählungen brauchen dringend niedrigschwellige Medienkompetenz und Demokratieprojekte in nicht virtueller Form. Diese Angebote eröffnen jungen Menschen die Möglichkeit Vertrauen aufzubauen und über ihre Ängste, Sorgen, Verwundungen und Nöte zu reden und im nächsten Schritt Lösungen für das eigene Leben zu finden.
- Jugendliche, die weder durch die Schule noch durch die stationäre Jugendarbeit erreicht werden können/wollen, benötigen aufsuchende, niedrigschwellige und freiwillige Angebote, die langfristig gesichert sind, um den Aufbau eines belastbaren Vertrauensverhältnisses möglich zu machen.
- Jugendliche mit wenig sozioökonomischen Ressourcen erhalten durch den aufsuchenden Ansatz im öffentlichen Raum vollkommen andere und schnellere Zugänge ins Bildungs- und Hilfesystem.
- Zudem braucht es weitere Angebote (sowohl in der Jugendarbeit als auch in der Jugendhilfe) für queere, trans+ sowie nicht-binäre Jugendliche, die insbesondere von Queerfeindlichkeit betroffen sind und somit eine zusätzliche Belastung erfahren
- Ausbau von rassismuskritischer Jugendhilfe – hierfür benötigt es die Finanzierung adäquater Qualifikation, um rassismuserfahrene Kinder und Jugendliche zu stärken und den Ausbau von Supervisionsangebote für rassismuserfahrene Fachkräfte
- Das System Schule ist mit den derzeitigen Aufgaben überlastet - wir brauchen zuverlässige Kooperationen in der Jugendhilfe!

Diese präventiven Angebote sind langfristig günstiger als spätere vielleicht notwendige Intervention und Maßnahmen. Kürzungen dürfen gerade nicht da ansetzen, wo die Hilfsprogramme, wie etwa die Gelder aus dem Jugendgipfel, extra aufgelegt wurden! Die Fachkräfte der Jugendhilfe sind bereit, sich diesen Herausforderungen weiter zu stellen, aber ohne eine ausreichende Finanzierung, kann dieses Engagement keine ausreichende Wirkung zeigen.

Kinder und Jugendliche sind keine professionellen Lobbyisten. Daher muss die Jugendhilfe für und auch mit Ihnen laut in der Politik sprechen!

**Schließen Sie sich bitte diesen Forderungen an und machen Sie sich in Berlin stark für eine leistungsfähige Jugendhilfe!**

## ANHANG

### **Ergebnis der Längsschnittstudie COPSY (2020-2022), Dr.Ravens-Sieberer und Dr.Kaman:**

„Vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Corona-Pandemie belastet. Ihre Lebensqualität hat sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben in der zweiten Befragung eine geminderte Lebensqualität an. Wie schon während der ersten Befragung, leidet fast jedes dritte Kind auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie noch unter psychischen Auffälligkeiten. Ängste und Sorgen haben bei den Kindern im Vergleich zur ersten Befragung noch einmal deutlich zugenommen. Sie zeigen zudem häufiger depressive Symptome sowie psychosomatische Beschwerden wie zum Beispiel Niedergeschlagenheit oder Kopf- und Bauchschmerzen.“

„Wir brauchen aber verlässlichere Konzepte, um insbesondere Kinder aus Risikofamilien zu unterstützen und ihre seelische Gesundheit zu stärken.“

„Es besteht dringender Handlungsbedarf, den belasteten Kindern und Jugendlichen zu helfen, damit sie psychisch wieder gesunden und im späteren Erwachsenenleben keine Langzeitschäden entwickeln. Unser besonderes Augenmerk benötigen benachteiligte Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen, die überdurchschnittlich betroffen sind.“

> [https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite\\_104081.html](https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_104081.html)

### **Update zu COPSY Studie 2022**

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist auch im dritten Jahr der Corona-Pandemie noch spürbar beeinträchtigt. Das gilt für Sorgen und Ängste ebenso wie für psychosomatische Beschwerden. Immer noch leidet jedes vierte Kind unter psychischen Auffälligkeiten. Während die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit abgenommen haben, rücken neue Krisen in den Vordergrund.

> Mehr dazu siehe Pressemitteilung UKE (Dez. 2022)

#### Über die Studie:

In der **bundesweiten COPSY-Studie** wurde von Mai bis Juni 2020 eine umfangreiche Online-Befragung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien in Deutschland durchgeführt. Die repräsentative Stichprobe der bundesweiten COPSY-Studie umfasst mehr als 1.000 11- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche sowie 1.500 Eltern von 7- bis 17-Jährigen. Der Online-Fragebogen umfasste Fragen zum Umgang der Kinder mit der Krisensituation, Fragen zu den Bereichen Schule, Freunde und Familie, zu psychischen Problemen wie Ängsten und Depressionen und zu psychosomatischen Beschwerden. Auch das Familienumfeld, der Medienkonsum und Ernährungsgewohnheiten wurden beleuchtet. Von Dezember 2020 bis Januar 2021 fand die erste Folgebefragung der COPSY-Studie statt. Die zweite Folgebefragung wurde von September bis Oktober 2021, die dritte im Februar 2022 und die vierte im Herbst 2022 durchgeführt. Über die COPSY-Studie und ihre Ergebnisse wird in den Medien und in der wissenschaftlichen Literatur berichtet.

### **TUI Jugendstudie „Junges Europa“ (Juni 2023)**

#### **Impulse aus TUI Jugendstudie**

- *Pessimismus auf dem Vormarsch:* Jugendliche schauen zunehmend negativer auf ihre eigene Zukunft
- *Trend zeigt nach unten:* 52% der befragten 16- bis 26-Jährigen in Europa denken, dass es ihnen schlechter gehen wird als ihren Eltern
- *Ungleichheitsempfinden ist groß:* 74 Prozent sehen große Unterschiede zwischen sozialen Schichten, insbesondere bei Einkommen, Wohnen, Vermögen und Karrieremöglichkeiten
- *Vertrauensverlust:* Nur zehn Prozent haben Vertrauen in Parteien

„Junge Europäerinnen und Europäer glauben mehrheitlich nicht mehr daran, dass sie es besser haben werden als ihre Eltern. Sie werden zunehmend pessimistischer, was ihre eigene Situation angeht. Zudem wächst das Ungleichheitsempfinden. Bei dem Thema Einkommen, aber auch bei den Aspekten Wohnen oder Karrieremöglichkeiten nehmen die 16-bis 26-Jährigen derzeit die größte Ungleichheit wahr. In der Altersgruppe ist mit Blick auf die nationale Politik eine rückläufige Zufriedenheit mit der Demokratie zu beobachten.“

„Das hohe Ungleichheitsempfinden trägt zum schwindenden Vertrauen junger Menschen in die politischen Institutionen bei. Sie fühlen sich oft von der Politik nicht gesehen und sind unzufrieden mit den bestehenden

Demokratien. Ein Viertel der jungen Europäer und Europäerinnen (26 Prozent) fühlt sich „überhaupt nicht“ von der Politik vertreten, ein Drittel „kaum“ (33 Prozent).“

> <https://www.tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung/jugendstudie-2023/>  
> [https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023\\_06\\_14\\_TUIStiftung\\_JungesEuropa\\_Broschuere-V11.pdf](https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_06_14_TUIStiftung_JungesEuropa_Broschuere-V11.pdf)

### **Politikwissenschaftler Thorsten Faas von der FU Berlin (Begleitung der Studie)**

„Die Jugend fühlt sich von der Politik nicht gehört und muss deswegen zu `lauten` Formen der Beteiligung greifen. (...) Der Trend der Studie ist eher so was Schleichendes, was jedes Jahr ein bisschen mehr an Optimismus verliert. [...] Das ist etwas Grundsätzliches.“

#### Über die Studie:

Zum siebten Mal in Folge (seit dem Jahr 2017) führt die TUI Stiftung die Studie „Junges Europa“ durch, um die Lebenswelt, Identität und politischen Einstellungen junger Menschen in Europa besser verstehen zu können. Dazu wurden vom 07.03.2023 bis zum 21.03.2023 junge Menschen in den folgenden Ländern befragt: Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland und Polen. Insgesamt wurden im Jahr 2023 7.085 junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren per Online-Befragung befragt. Für ausgesuchte Fragen wurde erstmals in Deutschland auch eine für die Gesamtbevölkerung repräsentative Befragung parallel durchgeführt. Der Vergleich dieser beiden Gruppen – Gesamtbevölkerung und junge Menschen